

16 Autor*innen für Kurskorrektur in der Corona-Politik – „Covid-19 ins Verhältnis setzen“

Berlin/Wien, 7. Juli 2021. – 16 Expert*innen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen aus Deutschland und Österreich haben sich heute mit einem über 60-seitigen Text an die Öffentlichkeit gewandt. Ihr Ziel: Die aufgeladene öffentliche Debatte zu Covid-19 zu versachlichen, ins Verhältnis zu setzen und so in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu bringen. Sie fordern einen wertschätzenden Gedankenaustausch, die Überprüfung der bisher getroffenen Maßnahmen und empfehlen „Alternativen zu Lockdown und Laufenlassen“.

Die Autor*innen stellen zunächst zentrale Erkenntnisse zum weltweiten Infektionsgeschehen seit Beginn der Pandemie dar und kommen zu dem Ergebnis, dass die Diskussionen über den Umgang mit derselben von einem Ungleichgewicht der Meinungs sichtbarkeit geprägt war. Anstelle eines breit aufgestellten interdisziplinären und pluralistischen Diskurses sei zu beobachten gewesen, dass nur wenige Expert*innen ausgewählter Disziplinen zu Wort gekommen seien. Bereits früh sei deutlich geworden, dass vor allem Kritiker*innen der Regierungsmaßnahmen befürchten mussten, für ihre Haltung ausgegrenzt zu werden. Verstärkt worden sei diese Dynamik durch das bewusste Schüren von Angst vor dem Virus durch die Regierenden. Das dadurch geschaffene Klima der Unsicherheit und Angst habe die offene und respektvolle demokratische Debattenkultur gefährdet.

Auch seien für Demokratien unübliche autoritäre Zwangsmaßnahmen und Grundrechtsbeschränkungen angewandt worden. Zugleich sei effektiver Rechtsschutz kaum zu erlangen gewesen, sodass die rechtsstaatliche Kontrolle bedenklich ins Wanken geraten sei.

Konkret geht der Text auf elf „Unverhältnismäßigkeiten“ ein und benennt 16 „Ungereimtheiten“ in der die Pandemie begleitenden Kommunikation. Diese verstören die Menschen, lösen weitere Ängste aus und gefährden die körperliche und psychische Gesundheit. Die Autor*innen listen 27 Kollateralschäden der Zwangsmaßnahmen an Leib und Leben auf und fordern, diesen genauso viel Aufmerksamkeit zu schenken wie den Schäden an Gesundheit und Leben, die SARS-CoV-2 verursacht. Menschen, die bereits vor der Krise benachteiligt und marginalisiert waren, seien von deren negativen Auswirkungen sowie von den Maßnahmen überproportional betroffen, was die soziale Ungleichheit noch verstärkt habe. Schließlich sollten alle großen Gesundheitsgefahren in den Blick genommen werden und auf den Dashboards der Gesundheitsminister*innen übersichtlich aufscheinen.

Am Schluss werden zehn Empfehlungen ausgesprochen, um eine Kurskorrektur in der Corona-Politik einzuleiten. So sollte statt auf Angst auf Vertrauen, Eigenverantwortung und die Stärkung der Gesundheitskompetenz der Bürger*innen gesetzt werden. Anstelle einheitlicher Zwangsmaßnahmen für alle, sollten Subsidiarität kollektiver Maßnahmen hinter individuellem Schutz und eine Diversifizierung der Lösungsansätze unterstützt werden. Tests, Masken und Impfungen sollten kostenlos zur Verfügung gestellt, aber nicht erzwungen werden. Schließlich sollte die Gesundheitspolitik stärker die Pandemie-Ursachen in den Blick nehmen, anstatt sich vorrangig auf Symptome und ihre „Bekämpfung“ zu fokussieren. Denn bei nicht nachhaltiger Wirtschaftsweise drohten unweigerlich weitere Pandemien.

Die Autor*innen haben ihre unterschiedlichen Pandemieerfahrungen eingebracht und somit versucht, ein möglichst vollständiges Bild von der Krise zu zeichnen. Abschließend heißt es in dem Papier: *„Wir hoffen, dass uns eine möglichst ganzheitliche Analyse der Corona-Krise gelungen ist, die andere bei ihrem Nachdenken, Verstehen und bei ihren Lernprozessen unterstützt. Mit unseren abschließenden Empfehlungen wollen wir eine Richtungskorrektur in der Corona-Politik mit herbeiführen. Im Idealfall kommen dadurch die Ziele umfassende Gesundheit aller, Grundrechte und Demokratie, sozialer Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften besser in Einklang.“*

Download des Papiers » www.coronaaussoehnung.org #coronaaussoehnung

Kontakt info@coronaaussoehnung.org

*Ihre Gesprächspartner*innen: Dr. Ellis Huber, Berlin; Prof.in Dr.in Ulrike Guérot, Bonn;
RAin Jessica Hamed, Mainz; Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Innsbruck.*

